

Kenan Holger Irmak

## „Zeitenwende“: Krieg und Frieden als Gegenstand eines Projekttag zur Politischen Bildung

Die Transformation lähmender oder überwältigender Gefühle angesichts von Krieg und Zerstörung in demokratische Handlungskompetenz ist eine zentrale Aufgabe der Friedensbildung. Das vorgestellte Projekt in der Qualifikationsphase I verbindet durch das didaktische Prinzip der Problemorientierung Aspekte wie Verantwortungsübernahme, Realbegegnung sowie ästhetisch-bildendes Handeln. Ziel war es, Schülerinnen und Schülern am Beispiel des Ukraine-Konfliktes zu ermöglichen, sich faktenbasiertes Wissen zu erschließen, politische Positionen zu hinterfragen, Stellung zu beziehen sowie eigene Lösungsansätze kreativ zu gestalten und zu vertreten.

### 1 Friedensbildung: Der Krieg Russlands als Herausforderung

Es ist wenig überraschend, dass auch aktuell das Thema Krieg den Kindern und Jugendlichen die größten Sorgen bereiten (vgl. Trendstudie Jugend in Deutschland 2025). Im nunmehr vierten Jahr der Kampfhandlungen fehlt Zeit für Reflexion und Evaluation: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht schon von einem „doppelten Epochenbruch“ (Steinmeier 2025), der insbesondere Europa angesichts der Bedrohungen im Osten und einer sich zurückziehenden Schutzmacht USA betreffe. Zu Beginn des Krieges konnten Lehrkräfte bei besorgten Schülerfragen, ob auch Deutschland Frontstaat werden könne, noch auf das gegenseitige Schutzversprechen der NATO verweisen. Heute ist selbst diese Gewissheit erschüttert: Schlagzeilen wie „Kriegsgefahr so hoch wie noch nie zuvor“ (Simon 2025) setzen nun den Ton in der öffentlichen Debatte verstärkt von Einschätzungen des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND, wonach Putins Russland in wenigen Jahren militärisch in der Lage sei, auch NATO-Territorium anzugreifen (vgl. Deutschlandfunk 2024). Entsprechend dominieren Aufrüstungsdebatten die politische Agenda, verbunden mit weitreichenden Konsequenzen für die junge Generation – etwa im Kontext einer diskutierten Wehrpflicht. Auch in der politischen Bildung sind die erörterten Folgen der „Zeitenwende“ unüberhörbar: Die von der Politik angemahnte „Kriegstüchtigkeit“ (Pistorius 2023) nehmen manche Didaktiker zum Anlass, einer „Pädagogik der militärischen Verteidigung“ (Abs 2023) das Wort zu reden, indem sie die Friedens- und Demokratiepädagogik gegen das Recht auf Verteidigung ausspielen. Andere gehen einen Schritt weiter und mahnen angesichts des Ukraine-Krieges eine Art geistig-moralische Wende in der Schulkultur an (vgl. Sander 2022). Ob diese Vorstöße schon einen „gesinnungsethischen Verteidigungsbellizismus“ (Nielebock 2023) oder gar eine „Militarisierung des Pädagogischen“ (Haker / Otterspeer 2023) darstellen, sei dahingestellt. Unverkennbar ist doch eine neue Tonlage in der fachdidaktischen Debatte, in der

ein „positiver Frieden“ (Johan Galtung) als naiv beiseitegeschoben und der einst emanzipatorische Begriff von Demokratie zur „wehrhaften Demokratie“ (Abs 2023) verzweckt und verengt wird.

### 2 Zielsetzung: Demokratische Diskursfähigkeit stärken

Das dreiphasige Schulprojekt (Workshop, Pro-Contra-Diskussion, Produktion) setzte bewusst einen Kontrapunkt zu dieser Tendenz. Es öffnete Diskussionsräume für kontroverse Aushandlungsprozesse und bot ein Setting für pazifistische wie auch für Positionen des sogenannten außen- und sicherheitspolitischen „Realismus“. Die emotionale Verarbeitung von Angst, Mitleid mit den Opfern, Fassungslosigkeit und Empörung (vgl. Fischer 2022, S. 222 f.) angesichts der atomaren Kriegsrhetorik Russlands sollte in eine diskursiv erfahrene Ich-Stärke der Jugendlichen münden – als Schutz gegen einen drohenden Rückzug ins Private (vgl. Fauser 2023, S. 157 f.) bzw. gegen eine Hinwendung zu Fake News und Verschwörungsnarrativen im Netz. Dabei war vorgesehen, moralische Werthaltungen nicht – wie im „Realismus“ – von vornherein auszuklammern, sondern im Sinne demokratischer Urteilskraft herauszufordern.

### 3 Methodologie: Thematischer Zugang und die Frage der Auswahl des Materials

Die klassische Konfliktanalyse bietet sich im Politikunterricht an, um die Wurzeln des Russland-Ukraine-Konflikts zurückzuverfolgen – mit dem Ziel, Ursachen, Verantwortlichkeiten oder mögliche Schuldige zu benennen. Im Ansatz ist diese Herangehensweise retrospektiv und kann idealerweise aufzeigen, wann und weshalb Akteure auf dem Entwicklungspfad in Richtung Eskalation und Krieg entscheidende Fehlentwicklungen in Kauf nahmen und wie bei künftigen, ähnlich gelagerten Fällen und Akteuren präventiv eingegriffen werden kann. Es besteht allerdings die Gefahr einer verkürzenden Analyse, die